

Kroatien

Sinisa Kusic

Die Sommermonate 2009 waren geprägt durch die Ereignisse, die der überraschende Rücktritt des Ministerpräsidenten Ivo Sanader vom 1. Juli mit sich brachte. Der Rücktritt kam völlig unerwartet und sorgte dementsprechend für Verunsicherung auf der politischen Bühne. Da Sanader nicht nur die Amtsgeschäfte, sondern gleichzeitig auch den Vorsitz seiner Partei (HDZ) abgab, wurde innerhalb der eigenen Reihen fieberhaft nach einem geeigneten Nachfolger gesucht. Kurze Zeit später wurde Jadranka Kosor als neue Parteichefin und Ministerpräsidentin der Öffentlichkeit vorgestellt. Die neue Amtschefin erwies sich als überaus durchsetzungsstark, ihre ersten Schritte wurden von der Öffentlichkeit überwiegend positiv beurteilt. So gelang ihr relativ schnell eine Einigung mit dem slowenischen Kollegen Pahor zu erzielen und die EU-Beitrittsverhandlungen wiederaufzunehmen. Innenpolitisch konnte sie durch energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption punkten. Innerhalb kürzester Zeit wurden zahlreiche Affären aufgedeckt, die Antikorruptionsbehörde USKOK machte dabei auch vor hochrangigen Politikern und Vertretern der Wirtschaft nicht halt. Dementsprechend lag die neue Ministerpräsidentin Kosor in der Beliebtheitskala Ende 2009 bereits weit vorne.

Präsidentenschaftswahlen Dezember 2009

Zu dieser Zeit war die größte Oppositionspartei (SDP) schon mit den Vorbereitungen für die – für Dezember 2009 angesetzten – Präsidentenschaftswahlen beschäftigt, und schickte den relativ unbekanntenen Ivo Josipovic ins Rennen. Der Abgeordnete Josipovic, von Haus aus Jurist und Komponist, konnte im ersten Wahlgang bereits die meisten Stimmen für sich verbuchen und setzte sich Anfang Januar im zweiten Wahlgang überraschend deutlich gegen Milan Bandic, Bürgermeister der Hauptstadt Zagreb, durch. Der Sieg gelang Josipovic umso leichter, da sich zuvor das bürgerlich-konservative Lager den Luxus leistete, neben Andrija Hebrang als offiziellen Kandidaten der HDZ, gleich mehrere weitere Kandidaten aufzustellen, so dass die Wähler im entscheidenden zweiten Wahlgang lediglich die Wahl zwischen dem SDP-Kandidaten Josipovic und dem früheren SDP-Mitglied Bandic hatten, der nach dem Parteiaustritt als unabhängiger Kandidat zur Wahl antrat. Die ersten Schritte des neuen Präsidenten wurden von der Öffentlichkeit überaus aufmerksam beobachtet, umso mehr als er auf internationaler Bühne über keinerlei Erfahrungen verfügte. Bereits bei der Auswahl seines Beraterstabs bewies er keine glückliche Hand und musste kurz nach der Amtseinfügung einige Berater aufgrund politischer Entgleisung und Steuerdelikten wieder entlassen. Ein zweites Mal spaltete Josipovic die Nation, als er bei einem Besuch in Bosnien-Herzegowina über mögliche Entwicklungen Kroatiens in den Krieg im Nachbarland sprach, ohne über die Verantwortung von Milosevic und die Rolle Serbiens ein Wort zu verlieren. Zwar führte seine Rede zu heftigen Reaktionen in Kroatien, konnte aber seine insgesamt positive Beurteilung in der Beliebtheitskala nicht erschüttern, bei der er inzwischen deutlich vor Ministerpräsidentin Kosor rangiert.

Kroatiens Wirtschaft

Entgegen einigen Befürchtungen aus Brüssel stellt der EU-Beitrittskandidat Kroatien keine Gefahr eines zweiten Griechenlands für die Europäische Union dar. Anders als Athen hat Zagreb rechtzeitig notwendige Maßnahmen ergriffen, um den Gürtel enger zu schnallen und

die Finanzkrise aus eigener Kraft bewältigen zu können. Dazu zählt die Mitte 2009 eingeführte Krisensteuer (Einkommensabhängig bis zu 4 Prozent), Kürzungen bei den Gehältern im öffentlichen Bereich um 10 Prozent und die Anhebung der Mehrwertsteuer. Da allerdings Kroatien im Vorfeld der Krise keine finanziellen Polster aufbauen konnte, war der Spielraum für eine anti-zyklische Wirtschaftspolitik eingeschränkt, so dass die ergriffenen Maßnahmen zunächst zu einem Rückgang des Konsums und der Kreditnachfrage führten.

Insgesamt hat die weltweite Wirtschaftskrise die seit längerem bestehenden Strukturdefizite des Landes offengelegt, mit der Folge, dass die Ministerpräsidentin Kosor bereits im April 2010 in einem neuen Programm weitere Einschnitte und Reformen für die kommenden Monate und Jahre angekündigt hat. Dazu zählen eine Steuerreform, eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors um 5 Prozent, die Abschaffung von Sonderzulagen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Einschränkungen bei der Frühverrentung und Privatisierung von staatlichen Unternehmen. Neben Einschnitten wurden in diesem Programm aber auch gezielte Investitionen in Bildung, Umwelt und erneuerbarer Energie, sowie die Unterstützung von KMU angekündigt. Zusätzlich soll durch verschiedene Maßnahmen der Export angekurbelt werden, mit dem Ziel das bislang enorme Handelsbilanzdefizit zu verringern. Insgesamt weist das Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in die richtige Richtung, wie sowohl von einheimischen Experten als auch auf internationaler Ebene vom IWF und der Weltbank zu vernehmen war. Die Prognosen für 2010 gehen von einem leichten Wachstum des BIP von etwa 0,3 und einer Inflationsrate um 2,5% aus. Die Arbeitslosenrate beträgt zurzeit etwa 18 Prozent und soll bis Jahresende nur leicht ansteigen.

Kroatien und die EU

Laut dem EU-Fortschrittsbericht Ende 2009 konnte Kroatien bei den EU-Beitrittsverhandlungen in den vergangenen zwölf Monaten einige Fortschritte erzielen und befindet sich in der Endphase der EU-Beitrittsverhandlungen. Größere Anstrengungen stehen in den Bereichen Justiz, öffentliche Verwaltung und Bekämpfung der Korruption bevor. Eine Hürde, die es zu überspringen gilt, stellt auch eine notwendige Verfassungsänderung in all jenen Punkten dar, die den Souveränitätstransfer in Richtung Brüssel betreffen, aber auch der Passus der Verfassung, der bislang verhindert, dass Kroatien in staatliche Assoziationen mit seinen südosteuropäischen Nachbarn eintritt. Als außerordentlich wichtig gilt die notwendige Reduzierung der Subventionen für staatliche Unternehmen. So sollen auf Drängen Brüssels noch 2010 die hoch subventionierten Werften privatisiert oder zumindest restrukturiert werden.

Insgesamt konnten in den Verhandlungen mit Brüssel 28 Kapitel geöffnet und 18 geschlossen werden. Weitere Kapitel, die von kroatischer Seite für die Öffnung vorbereitet wurden, scheiterten immer wieder am Vorbehalt Sloweniens, darunter das Kapitel Fischerei, Umwelt sowie Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Zwar hat das slowenische Verfassungsgericht das slowenisch-kroatische Abkommen über die Beilegung des Streits um die Seegrenze durch ein internationales Schiedsgericht gebilligt und damit ein wichtiges Hindernis beseitigt, allerdings gab es immer wieder Versuche von slowenischer Seite, die kroatischen Beitrittsverhandlungen zu verzögern, wie etwa das von der Opposition initiierte und im Mai 2010 abgehaltene Referendum über das slowenisch-kroatische Abkommen verdeutlicht. Bei diesem Referendum sprachen sich zwar etwas mehr als die Hälfte für das Abkommen und somit für die Weiterführung der kroatischen EU-Beitrittsverhandlungen aus, allerdings wird es auch künftig – neben der von der EU-Kommission geforderten uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem ITCY – nicht zuletzt von der slowenischen Haltung abhängen, ob Kroatien wie vorgesehen die Beitrittsverhandlungen bis Ende 2010 wird abschließen können, um der EU 2012 als 28. Mitglied beizutreten.